

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, (halbmonatl. 1 RM), durch die Post bezogen monatl. 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Vertriebsstelle u. Expedition: alterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 299 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffleitung: Dresden-L. alterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 299 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Dresden, Dienstag, den 13. Dezember 1927

Nummer 289

Brauns provoziert

Generalstreik im Ruhrgebiet muß die Antwort der Arbeiter sein

Das Burgerblockprogramm

Schlichterdiklat / Verschleppung des Achtstundentages / Betrug am Arbeiter

Die Telunion veröffentlicht heute morgen den Wortlaut des Briefes, den der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns als Antwort auf die bekannte Eingabe der Groindustriellen zur Verordnung über die Arbeitszeit in der Schwerindustrie geschrieben hat. Der Inhalt des Briefes des Burgerblockministers bestätigt, was wir bereits gesagt haben. Die wesentlichsten Punkte lassen sich in folgendem zusammenfassen:

1. Die 8-Stundentags-Verordnung wird am 1. Januar nicht in Kraft gesetzt. Die Einführung des dreischichtigen 8-Stundentages soll angeblich in Etappen erfolgen.
2. Die Verordnungen, die bereits Anträge auf Hinausschieben des Inkrafttretens der Verordnung gestellt haben, bekommen für Januar ohne weiteres die Zustimmung für ihren Antrag auf Weiterführung des 12-Stundentages.
3. Brauns rechnet mit einer größeren Anzahl von Anträgen, d. h. er fordert direkt die Unternehmer auf, Anträge auf Aussetzung der Dreischichtverordnung sofort einzuziehen. Damit gibt er zu verstehen (siehe Punkt 2), daß bei einer Häufung der Anträge gar keine Prüfung beschäftigt ist, sondern sie sollen den Unternehmern lediglich zur besseren "Begründung" der Ablehnung kuntlicher Arbeiterforderungen dienen.
4. Der Burgerblockminister sagt dann in seinem Brief allen Unternehmern, deren Werke angeblich eine "grundlegende Betriebsumstellung" erfordern, die Hinausschiebung der Einführung der dreischichtigen Arbeitszeit um ein volles Jahr zu.

Am Schlue des Briefes heißt es: "Dieser Bescheid verschafft den Parteien und dem Schlichter die nötige Klarheit über den am 1. Januar 1928 eintretenden Rechtszustand und ermöglicht damit die schnelle Beendigung des anhängigen Schlichtungsverfahrens." Dieser Satz ist nur als die direkte Unweilung an den Schlichter zu verstehen, einen Schlichterspruch im Sinne der Scharfmacher zu fällen. Es ist aber damit zugleich eine offene Aufmunterung an die Schwerindustriellen, den Kampf gegen die Arbeiter weiterzuführen.

Die heutige Morgenausgabe des Vorwärts macht den Brief des Reichsarbeitsministers Brauns dreipolig auf der ersten Seite auf und versieht ihn mit dem Untertitel: "Grundlagliches Festhalten an der Arbeitszeitverordnung - aber Nachgeben im einzelnen." Dann aber bemerkt der Vorwart: "Für die Schlichtungsverhandlungen enthält die Antwort eine prinzipielle Entscheidung: 8-Stundentag in der Schwerindustrie. Auf dieser Basis werden die Gewerkschaften weiter kämpfen. Die großen politischen Auseinandersetzungen, die durch das Ultimatum der Unternehmer heraufbeschworen sind, sind mit dieser Entscheidung des Arbeitsministeriums auf nächstes Jahr, das Wahlfahr 1928, verlagert worden. Die politische Entscheidung wird bei der Reichstagswahl fallen."

Die Stellungnahme des Vorwärts ist die offene Kapitulation der SPD-Führer vor der Provokation des Burgerblockministers und dem Diktat der Schwerindustrie. Noch immer verliert der Vorwart mit der Erklärung des Reichsarbeitsministers, prinzipiell an diesem Inkrafttreten der Verordnung vom 16. Juli festzuhalten, die Basis zu einem erbärmlichen Kompromiß zu gewinnen. Was unter dem prinzipiellen Festhalten am 8-Stundentag zu verstehen ist, haben die Erfahrungen mit der Arbeitszeitverordnung bereits einmal gezeigt. Grundlaglich, in der Theorie, und auf dem Papier wird der 8-Stundentag anerkannt - in der Praxis aber wird der 10- und 12- bis 14-Stundentag durchgeführt.

Auch beim gestrigen Presseempfang durch den ADGB gab der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichelt, die Erklärung ab, daß die Gewerkschaftsführer über Ausnahmen mit sich reden lassen würden, wenn nur die Verordnung über das Dreischichtensystem "grundlaglich" anerkannt werde. Damit haben sich auch die Gewerkschaftsführer prinzipiell nicht nur den Wortlaut, sondern auch den Sinn des Briefes des Burgerblockministers zu eigen gemacht.

Die Metallarbeiter sollen nicht nur um den 8-Stundentag, sondern auch um den Lohnausgleich und die fällige Lohnenerhohung betrogen werden. Der Brief von Brauns enthält nämlich für den Schlichter die bestimmte Anweisung auf eine "schnelle Beendigung des anhängigen Schlicht-

ungsverfahrens", d. h. sowohl in der Frage der Arbeitszeit als auch in der Frage der Lohnenerhohung. Die Gewerkschaftsdelegationen haben, wie beim Tabakarbeiterkampf, beim mitteldeutschen Bergarbeiterkampf und beim Eisenbahnerkampf, immer wieder und auch jetzt ein Verbotnis zum Schlichtungszwang abgelegt; sie haben von vornherein die bedingungslosige Anerkennung jedes gefälligen Schlichterspruches zugesagt.

Die Richtlinien, die der Arbeitsminister der Burgerblockregierung in seinem Briefe niedergelegt hat, sollen zweifelsohne die Grundlage für den zu fällenden Schlichterspruch abgeben. Der Brief des Zentrumministers Brauns ist ein einziger Rückzug vor den Drohungen der Schwerindustrie. Mit kleinen Zugeständnissen an die Forderungen der Arbeiterklasse soll diese vom allgemeinen Kampf zur vollen Durchsetzung ihrer Forderungen abgehalten werden. Mit den sogenannten Hartebestimmungen der Dreischichtverordnung vom 16. Juli, die vorsehen, daß besonderen wirtschaftlichen Umständen Ausnahmen von der generellen Einführung des 8-Stundentages ab 1. Januar gemacht werden können, soll die Dreischichtverordnung vom 1. Januar in Etappen eingeführt werden. So soll zunächst in den Thomanwerken, den Maschinenanlagen und einem Teil der Martinwerke die Arbeitszeitverordnung ab 1. Januar in Kraft treten. Zunächst aber soll für alle diejenigen Martin-, Elektro- und Ziegelsteinwerke einschließlich der zugehörigen Walzwerke ein weiterer Monat Aufschub gewährt werden. Um aber den unerhörten Forderungen der Schwerindustrie noch ein weiteres Stück entgegenzukommen, erklärt der Arbeitsminister Brauns, daß Ausnahmen für solche Betriebe gemacht werden sollen, in denen zwecks Durchführung des Rationalisierungsprogramms noch Umarbeiten im Gange sind. Er will diesen Werken unter Veruchichtigung der wirtschaftlichen Lage "Aufschub in den unbedingt erforderlichen Maße" bewilligen. Ueber die Lohnfrage will der Reichsarbeitsminister erst später entscheiden, wenn über die Termine, zu denen die Dreischichtverordnung tatsächlich durchgeführt werden soll, Endgültiges bestimmt ist.

Rheinland-Westfalen rüstet zum Kampf!

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Hamborn, 11. Dezember 1927.

Hamborn, Muhleim, Oberhausen, das ist das eigentliche Herrschaftsgebiet des Stahlmagnaten Thyssen, der jetzt einer der maßgebenden Männer der Vereinigten Stahlwerke ist. Thyssen, das ist "der Herr!"

Die Bahn führt an den Hochhusen Thyssens vorbei, im roten Flammenschein bewegen sich die Schattenrisse der Arbeiter, aus Feuerrohren steigen meterhohe Flammen in den dunklen Nebel und färben ihn rot.

Noch wird hier gearbeitet . . .

Hamborn, das ist Arbeiterstadt in Reinkultur. Achtzig Prozent der Wohnungen sind Werkswohnungen. Diese Werkswohnungen zusammen mit den Betriebskonsumanstalten, sind das Mittel, mit dem sie stets besonders geschaftstuttigen Industriellen des Rheinlandes den Arbeitern den Lohn wieder abnehmen und nicht unbeträchtliche Gewinne in ihre Tasche stecken. Ein Mittel, dessen politische Seite noch viel wichtiger ist. Durch die Werkswohnungen werden die Arbeiter an ihren Betrieb gefesselt. Verlieren sie ihre Arbeit, so verlieren sie auch ihre Wohnung und werden in der "Regersfarm" einquartiert, einem Barackenlager Hamborns. Man kennt diese Baracken. In engen, sogenannten "Stuben", hausen die Familien zu vier, sechs, acht Personen. Es sind dieselben Baracken bei Duisburg, bei Hamborn, wie in Mitteldeutschland oder in Schlefien.

Mit merkwürdigen Zahlen operieren die Unternehmer. Die Metallarbeiter sollen bis 500 Mark im Monat verdienen. - Im Betriebsrat der August-Thyssen-Hütte sitzen auch christliche Arbeitervertreter. Einer berichtet über die Einstellung der Christen zu dem Kampf der Metallarbeiter, über die Lage der Arbeiter speziell in seinem Betrieb.

"500 Mark? Ja, gewiß, das kommt vor bei einzelnen Arbeitern. Aber fragen Sie nicht, wieviele es sind, die das verdienen. Vielleicht geht unter 12 000 der August-Thyssen-Hütte Die anderen verdienen, wenn sie Zwolfstundenschicht machen, 200 bis 300 Mark. Die ungelerten Arbeiter der Werkstätten verdienen bei 57 Stunden Arbeitszeit und darüber 185 Mark. Davon gehen noch die Abzüge ab."

Der Brief des Reichsarbeitsministers Brauns stellt einen provokatorischen Schlag ins Gesicht der in der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiterklasse Rheinlands und Westfalens dar. Der Brief beweist aufs neue, daß entgegen allen sozialdemokratischen Verbredungskunststucken und Tauschungsmanovern die Burgerblockregierung nicht gegen, sondern mit den Unternehmern steht, daß sie nur das ausführende Organ des Trustkapitals ist. Der Brief von Brauns aber zeigt der Arbeiterklasse, daß der Schlichtungszwang eine Fessel für die Arbeiterklasse und eine der scharfstn Waffen der Bourgeoisie ist, die sich ihre Bronofaktionen nur erlauben kann, weil die reformistischen Führer mit ihr in der Durchführung des Schlichtungszwanges vollkommen einig sind. Dieser Uebereinstimmung in der Frage des Schlichtungszwanges entspricht auch die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer noch keinerlei Maßnahme getroffen haben, um für den Fall, daß der Zwangsschlichterspruch die Lebensforderungen der Metallarbeiter in bezug auf den Achtstundentag, Lohnausgleich und Lohnenerhohungen nicht erfüllt, durch Kampfmaßnahmen die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Die SPD-Führer, die noch vor wenigen Tagen mit der scheinradikalsten Parole: "Enteignet die Trustkontige" ein Bewirrungsmandoe durchführten, vertrasten jetzt die Arbeiter, wie die oben zitierten Auslassungen des Vorwärts zeigen, auf die kommenden Reichstagswahlen. Die Gewerkschaftsführer sind zu einem elenden Kompromiß bereit. Das zeigen die Ausführungen des Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes in der Konferenz des ADGB. Die Arbeiterklasse aber darf nicht dulden, daß das Diktat der Schwerindustrie mit Hilfe des Burgerblockschlichters durchgesetzt wird. Sie muß die Kampf-anfrage der Schwerindustrie beantworten mit der sofortigen Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter in allen lebenswichtigen Betrieben. Der Kampf geht um den Achtstundentag, Lohnausgleich und Lohnenerhohung. Es geht um die Verteidigung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse, die nur im revolutionären Kampf unter Einfuhung aller Nachtmittel durch das Kampfbundnis aller Arbeiter gegen den strechen Angriff der Schwerindustrie verteidigt werden können. Die Arbeiterklasse darf und kann sich dem Diktat des Schlichterspruches, der wahrscheinlich heute gefällt wird, nicht fügen. Der Kampf auf der ganzen Linie für die Enteignung der Kapitalisten durch den revolutionären Klassenkampf, das ist das Gebot der Stunde.

"Und wie denken Sie über den jetzigen Kampf?"
"Ich und die Mehrzahl der christlichen Metallarbeiter sind der Ansicht, daß jetzt unbedingt der schematische Achtstundentag erkämpft werden muß."

"Sie stehen damit aber im Gegensatz zu ihrer Verbandsleitung!"

"Gewiß, das weiß ich. Und mit mir stehen sehr viele Arbeiter in Opposition. Schon die Verhandlungen am Sonnabend haben ja ganz deutlich bewiesen, daß der kommende Schlichterspruch im günstigen Falle einen Bruchteil unserer Forderungen bewilligt. Wir werden in unserem Verbands für die eintreten, daß gekämpft wird!"

"Und wenn Sie eventuell gegen einen Schlichterspruch kämpfen, sehen Sie sich in Gegensatz zu der Regierung, an der die Zentrumspartei beteiligt ist. Vor allem Brauns!"

"Das ist dann auch egal. Wenn die Regierung und ihre Zentrumsmitglieder gegen die Arbeiter entscheiden, kämpfen wir gegen sie. Sie können sich darauf verlassen, daß im Falle des Kampfes die christlichen Arbeiter mit unter den ersten in den Kampf treten."

Arbeiter aus der Hütte berichten über einzelne Unfälle und das Hefttempo, zu dem der aufs modernste rationalisierte Betrieb die Arbeiter zwingt. An den Wänden hängen zwar schöne Plakate, die zeigen, wie Unfälle zu vermeiden sind, aber wer diese guten Ratschläge und Verordnungen beachtet, schafft die Arbeit nicht, liegt auf die Straße. Die Arbeiter haben kaum Zeit, das Essen, das der "Hentelmann" bringt, in Ruhe zu essen.

Ein Unfall, der ganz offenbar auf dieses Hefttempo zurückzuführen ist und sich vor kurzem ereignete: Zwei Kräne stehen nebeneinander, von denen der eine aus Ersparnisgründen nicht benutzt werden darf; der andere ist dafür in ständigem pausenlosem Betrieb, der Kranführer also in ständiger, pausenloser Arbeit. In jeder Woche findet einmal Kontrolle des Kranes statt, der zu dem Kontrolltag sorgfältig gereinigt werden muß, eine Arbeit, die der Kranführer nur während der Pausen, die einige Minuten dauern, erledigen kann. Zur Säuberung des Kranes müssen alle Stromleitungen ausgeschaltet werden, was einen Weg von drei Minuten zum Hauptkaltwasser führt.